

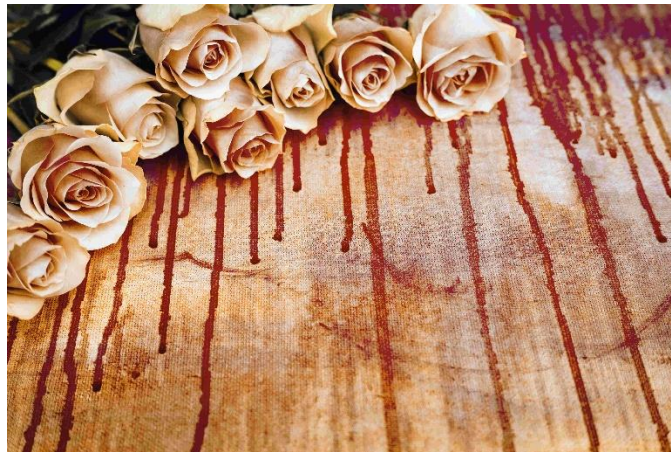


500 TAGE!

Die Entwicklung der Haltung der Weltöffentlichkeit seit dem 7. Oktober 2023

Oktober 2023 – Mai 2024
Eine Analyse zum Gedenktag des Antisemitismus – Teil 1

Von Brigitte B. Nussbächer



Gedenken an die Opfer. Foto: Shutterstock

Am 07. Oktober 2023 wurden - auf israelischem Terrain! - tausende Juden verletzt,
rund 1.200 ermordet und über 250 von Terroristen entführt.
Am Tag darauf begann Israel den Kampf zu seiner Verteidigung, zur Befreiung der Geiseln und zur
Zerstörung der mörderischen Terrororganisation Hamas.

*Die Frage ist, ob die Welt wieder – wie vor 85 Jahren beim Holocaust – wegsehen würde, oder wie sie
diesmal reagieren würde.*

Fakten aus den vergangenen 500 Tagen geben die Antwort darauf.



Reaktionen der Welt im Nahostkonflikt während der ersten sechs Monate



Die UN und ihre Institutionen verabschieden Resolutionen zu Israel. Foto: Shutterstock

Die ersten Reaktionen sind: Schockzustand, Solidaritätsbeteuerungen und Beileidsbesuche. Die Gräueltaten sind unfassbar. Was hier geschah, erschüttert bis ins Innerste. Doch sobald Israel die Hamas im Gazastreifen angreift, treten andere Bilder in den Vordergrund und das Blatt wendet sich.

Die erste Resolution der UN nach dem Massaker, am 27. **Oktober 2023**, nennt die Hamas nicht beim Namen, verurteilt die Gräueltaten der Terroristen nicht und bestätigt auch Israels völkerrechtlich verankertes Recht auf Selbstverteidigung nicht. Stattdessen wird von Israel eine sofortige Waffenruhe, sowie die Bereitstellung von Wasser, Nahrungsmitteln, Treibstoff, Strom und "ungehinderten" Zugang für humanitäre Hilfe für Palästinenser im Gazastreifen verlangt.

Im **November 2023** kommt es, aufgrund der verbindlichen Anweisung des Sicherheitsrates, zu einer Feuerpause zwischen Israel und der Hamas, während der einige der israelischen Geiseln (Kinder und Frauen) freigelassen werden. Viele davon waren Doppelstaatler und etliche thailändische Geiseln. Für jede israelische Geisel musste Israel die dreifache Menge verurteilter palästinensischer Gefangener entlassen. Zudem wurden große Mengen an Gütern in den Gazastreifen geliefert. Die Hamas konnte ihre Vorräte ergänzen, sich neu aufstellen und brach nach ein paar Tagen die Waffenruhe. Sie erklärte, dass die restlichen 137 Geiseln nur im Gegenzug für Tausende verurteilte palästinensische Gefangene freikommen würden. Im Rückblick ist dieser Geiseldeal ein großer Erfolg für die UN und auch für Israel gewesen. Nie wieder in den folgenden 12 Monaten liess sich die Hamas überzeugen, auch nur eine einzige Geisel frei zu lassen. Wenige wurden in schweren Gefechten von der israelischen Armee befreit, doch oft konnte die IDF nur noch Leichen bergen. 13 Monate nach der Entführung befinden sich immer noch 101 Geiseln in den Händen der Terroristen und es wird angenommen, dass wahrscheinlich die Hälfte nicht mehr lebt.

Im **Dezember 2023** verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wieder eine Resolution zur Aufstockung der humanitären Hilfsgüter im Gazastreifen.

Am 29. Dezember reichte Südafrika beim Internationalen Gerichtshof der UN in Den Haag (IGH) eine Klage gegen Israel wegen „Völkermord gegen die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen“ ein. Chile, Kolumbien, Libyen, Mexiko, Nicaragua, Palästina, Spanien und die Türkei schlossen sich der Klage an. Israels Verteidigung legte Beweise bezüglich der ergriffenen Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung vor und wies die große Menge der Hilfsgüter, die nach Gaza gebracht wurden, nach. Trotzdem bestätigte der IGH am 26. Januar 2024 die Plausibilität der Behauptungen Südafrikas und ordnete eine Reihe von vorläufigen Maßnahmen gegen Israel an, die sicherstellen sollten, dass es zu keinem Völkermord kommt.



Im **Januar 2024** veröffentlichte Israel Details über die Beteiligung von UNWRA Mitarbeitern beim Massaker vom 7. Oktober. Einige Länder, darunter Deutschland, stellten daraufhin vorübergehend ihre Zahlungen ein. Doch schon im April nahmen alle Länder, außer den USA, ihre Zahlungen wieder auf, obwohl erwiesen ist, dass in von UNWRA geführten Schulen die Kinder zu Judenhass erzogen werden und obwohl sich die Hamas der UNWRA Strukturen bedient. Im August 2024 entließ die UNO neun Mitarbeiter aufgrund dieses Vorwurfs. Am 29. Oktober 2024 beschloss das israelische Parlament schließlich ein Gesetz, das ab 2025 UNWRA wegen Unterwanderung durch die Hamas die Tätigkeit auf israelischem Staatsgebiet untersagt, was von der UN heftig verurteilt wird.

Im **Februar 2024** verhängten die USA Sanktionen gegen israelische Siedler wegen Gewalt gegen Palästinenser in Judäa und Samaria. Als Folge werden Vermögenswerte der Betroffenen in den USA gesperrt. US-Bürgern oder Personen, die sich in den Vereinigten Staaten befinden, sind Geschäfte mit den Sanktionierten untersagt. Im April beschließt die Europäische Union ebenfalls Sanktionen. Betroffene Personen dürfen nicht mehr in die EU einreisen und keine Geschäfte mit EU-Bürgern machen. Außerdem werden ihre, in der EU vorhandenen, Konten und andere Vermögenswerte gesperrt. Dass Israel selber den Vorwürfen nachgeht und für Recht und Ordnung sorgt, reicht der Weltgemeinschaft nicht.

Am 8. **April 2024** forderte Nicaragua per Eilentscheid vom Internationalen Gerichtshof ein Ende der deutschen Hilfen an Israel, mit der Begründung, dass damit „Beihilfe zum Völkermord“ geleistet würde. Deutschland war im Zeitraum 2019 bis 2023 nach den USA der zweitgrößte Waffenlieferant Israels. Es gelang der Bundesrepublik, plausibel darzulegen, dass 98% der Lieferungen nur allgemeine Rüstungsgüter, wie Helme oder Schutzwesten waren und keine Kriegswaffen. Dennoch: seither und monatelang hat Deutschland die militärische Hilfe für Israel zu großen Teilen eingestellt. Erst zum Jahrestag des Massakers und auf massiven Druck der Oppositionsparteien (CDU, CSU, AfD, FDP) genehmigt die Bundesregierung wieder Rüstungslieferungen nach Israel.



Pro-Palästina- und Anti-Israel-Demonstranten während der Kämpfe zwischen Israel und der Hamas. Foto: Shutterstock

Seit dem Hamas-Terrorangriff auf Israel und dem folgenden Krieg protestierten Studierende gegen Israel. Ab April 2024 spitzte sich die Lage an den US-Universitäten und auch in Europa mit Campus-Protestcamps und Blockaden von Hochschulgebäuden zu. Jüdische Studierende und Universitätsmitarbeitende fühlen sich deswegen nicht mehr sicher. Die demonstrierenden Studenten fordern ein Ende des Kriegs, ein „freies Palästina“ und dass die Universitäten ihre finanziellen Beziehungen zu Israel offenlegen und beenden. Außerdem verlangen sie den Verkauf von Aktien von Unternehmen, die geschäftliche Beziehungen mit Israel haben. Eine Freilassung der israelischen Geiseln, die sich weiterhin in der Gewalt der Hamas befinden, wird hingegen kaum gefordert.



Antisemitische Demonstrationen bringen regelmäßig und weltweit Tausende auf die Straßen. Manche europäische Hauptstadt ist nicht mehr wieder zu erkennen. Parolen, Boykottaufrufe und Ausschreitungen gehören zur Tagesordnung. Und es wird keinesfalls eine Zweistaatenlösung oder Frieden gefordert. Nein, „from the river to the sea, Palestine will be free“ wird gerufen, was im Klartext heißt, das Israel von der Landkarte zu verschwinden hat.

Antisemitismus nimmt weltweit zu. Und das ist nicht zuletzt den Main-Stream Medien zu verdanken. Denn viele übernehmen Zahlen und Narrative direkt von der Hamas und der Hisbollah, als ob Terrororganisationen vertrauenswürdige Informationsquellen wären. Der übliche Satz nach solchen Darstellungen, dass diese Daten nicht überprüft werden können, ist eine perfide Methode, sich als objektiver Berichterstatter zu positionieren. Das Gift dieser einseitigen, unvollständigen und teilweise schlichtweg nicht zutreffenden Inhalte, die täglich Millionen erreichen, breitet sich in den Gedankenwelten aus. Israel wird als Aggressor diffamiert, Vorgeschichte und Kontext von Aktionen werden weggelassen. Wer sich in dieser Zeit nicht proaktiv und eigenverantwortlich aus unterschiedlichen Quellen informiert, wird daher fast zwangsläufig zum Israelkritiker.

In dem Jahr nach dem Terrorangriff vervielfachen sich die antisemitischen Straftaten in Deutschland, Europa, USA und weltweit dramatisch. Die damit befassten Organisationen melden Verdoppelungen bis Vervierfachungen. Manche Juden versuchen inzwischen ihre Identität zu verbergen, um nicht zur Zielscheibe zu werden. Das Versprechen „Nie wieder!“ wird nur von wenigen eingelöst! ([Nie wieder! – Ein Versprechen mit Substanz?](#))

Angriffe aus vielen Windrichtungen



Israel ist unzähligen Raketenangriffen ausgesetzt. Foto: Shutterstock

Aus dem **Libanon** wurden von der **Hisbollah** seit dem 8. Oktober 2023 täglich Dutzende Raketen auf Israel abgefeuert! Die gesamte Bevölkerung dieser Region (über 110.000 Menschen) musste deshalb evakuiert werden und lebt seit über einem Jahr in Übergangsunterkünften. Doch für die Welt scheint dieser untragbare Zustand ganz normal zu sein. In jedem anderen Land hätten solche Angriffe sicherlich zu massiven, internationalen Rückmeldungen und Konsequenzen geführt! Erst im September 2024 (nach fast einem Jahr!) beginnt Israel sich massiv gegen diese Angriffe zur Wehr zu setzen.

Am Abend des 13. April 2023 griff der **Iran** Israel mit rund 300 Flugobjekten an, die im ganzen Land niedergehen sollten, aber Israel und seinen Verbündeten gelang es, diese erfolgreich abzuwehren. Es war eine der Sternstunden dieses Krieges, als Israel nicht allein kämpfte, sondern aktive Unterstützung von der US und der British Army, den französischen und den jordanischen



Streitkräften bekam. Der internationale Druck nach diesem Angriff führte zu einer sehr verhaltenen Reaktion Israels: nur drei Raketen wurden auf eine Luftverteidigungsradaranlage abgefeuert, die eine Atomanlage im Iran schützt.

Man sollte den Iran nicht unterschätzen. Sein Angriff wirkt im Vergleich zu denen der Hisbollah eher verhalten, doch er ist der Kopf und Drahtzieher der Aktionen gegen Israel - auch wenn das Mullah Regime es (noch) vorzieht, über seine Proxys zu agieren und nicht direkt.

Auch aus dem **Jemen** wurden von den **Huthis** Raketen auf Israel abgeschossen. Desgleichen haben Kämpfer des sogenannten Islamischen Widerstands, iranisch-finanzierte paramilitärische Gruppierungen aus dem **Irak** und **Syrien**, strategische Orte in Israel mit Drohnen angegriffen.

Doch die UN und der IGH befassen sich weiterhin mit Israel.

Eskalation im Mai 2024



Karim Khan beantragt Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant. Foto: Shutterstock

Am 20. **Mai 2024** beantragte der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Karim Khan, Haftbefehle gegen Israels Premierminister Netanjahu und Verteidigungsminister Gallant. Er wirft ihnen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit dem Krieg im Gazastreifen vor. Diese Haftbefehle werden am 21. November tatsächlich erlassen und stellen einen demokratisch gewählten Premierminister, der sein Land über ein Jahrzehnt zu nie dagewesener Blüte führte, mit einem weltweit gesuchten Terroristen und Verbrecher gleich, für den Millionen an Kopfgeld geboten werden.

Am 22. Mai erklären Norwegen, Spanien und Irland, dass sie einen palästinensischen Staat ohne Israels Zustimmung anerkennen wollen und setzen dies am 28. Mai um.

Die Richter des Internationalen Gerichtshofes entschieden am 24. Mai 2024 mit 13:2 Stimmen, Israel müsse seine Offensive und andere Maßnahmen in Rafah stoppen, „die zur vollständigen oder teilweisen Vernichtung der palästinensischen Zivilbevölkerung führen könnten“. Außerdem wurde die katastrophale humanitäre Lage beklagt und eine Öffnung des Grenzübergangs für humanitäre Hilfslieferungen und UN-Ermittler gefordert.

Israel marschiert nach monatelangem Zögern, Abwägungen, Verhandlungen und Vorbereitungen trotzdem in Rafah ein, tut dabei aber alles, um zivile Opfer zu vermeiden. Die größten Anstrengungen werden unternommen, um die Bevölkerung zu evakuieren. Mit Erfolg. In Rafah werden schließlich dutzende Raketenabschussrampen der Hamas gefunden sowie hunderte von Tunneln der Terrororganisation, die nach Ägypten führen und über die die Hamas mit Waffennachschub beliefert



wurde. Desgleichen werden Leichen von ermordeten, israelischen Geiseln hier geborgen. Die Besetzung von Rafah und des Philadelphia Korridors, an der Grenze zu Ägypten, deckte Versorgungsquellen der Hamas auf und durchschnitt eine für sie wichtige Lebensader.

Friedenspläne von UN & USA



Welche Chance haben Friedenspläne mit Terroristen? Foto: Shutterstock

Auch acht Monate nach dem Terrorangriff befanden sich noch über 120 israelische Geiseln - lebendig oder inzwischen tot - in der Gewalt der Hamas und wurden immer noch Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel abgeschossen. Unter dem Terror der Hamas leidet Israel und auch die palästinensische Bevölkerung. Alle Verluste dieser Monate sind letzten Endes Opfer der Hamas Führung, die zu keinem Kompromiss bereit ist, der Israels Existenz respektiert.

Am 10. Juni 2024 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine weitere Resolution mit der Forderung nach einer sofortigen Waffenruhe und einem dreistufigen Plan zur Beendigung des Krieges.

In der ersten Phase sollte während der Waffenruhe eine kleine Anzahl von Geiseln von der Hamas freigelassen werden. Im Gegenzug würden für jede einzelne, lebendige oder tote!, Geisel eine Vielzahl wegen Verbrechen verurteilter palästinensischer Häftlinge freikommen, die in Israel inhaftiert sind. Auch Mehrfachmörder.

In der nächsten Phase würden die Kämpfe dann dauerhaft eingestellt, die israelische Armee würde sich aus dem Gazastreifen zurückziehen, die Palästinenser dürften alle, das heißt auch die Terroristen, wieder in ihre Häuser zurückkehren. Dafür würde eine weitere Anzahl lebendiger oder toter Geiseln freigelassen – ebenfalls für eine Vielzahl palästinensischer verurteilter Häftlinge.

Israel müsste die Blockade des Gazastreifens aufgeben und Hilfe für den Wiederaufbau leisten. Die Hamas würde an der Macht bleiben.

Die Verhandlungen über diesen Friedensplan gingen über Monate und durch viele Runden, wobei die Forderungen immer wieder variierten. Obwohl der Plan viele Härten für Israel beinhaltete und wenig von der Hamas forderte, war es am Ende immer wieder die Hamas-Führung, die ablehnte.

Verfolgen Sie, wie es nach dieser Intensivierung des Gegenwindes, mit dem Israel zu kämpfen hatte, weiterging in [Teil 2](#).



Weitere Artikel von Brigitte B. Nussbächer unter: www.arc-to-israel.org/artikel

